

Von der gefährdeten zu gefährlichen Jugend?

Lutz, Tilman

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Lutz, T. (2004). Von der gefährdeten zu gefährlichen Jugend? *Forum für Kinder- und Jugendarbeit*, 2, 40-44. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-383238>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Von der gefährdeten zur gefährlichen Jugend?

von *Tilman Lutz*

Wenn heute von Jugend gesprochen wird, werden meist Risiken thematisiert: Kriminalität, Gewaltbereitschaft, psychische Störungen oder Orientierungslosigkeit, Motivationslosigkeit, Werteverfall und ein verheerendes Bildungsniveau. Presse und Politik, zunehmend aber auch Fachleute, definieren die Jugend immer stärker als Problem. Die öffentlichen und politischen Debatten über den (vermeintlich) drastischen Anstieg der Jugendkriminalität seit den frühen 90er Jahren und deren ‚neue Dimension‘ (vgl. dazu Heinz 2003) erwecken dabei den Eindruck, als wäre *die* Jugend heute *das* zentrale Problem der Inneren Sicherheit in Deutschland. Ich will im Folgenden diesen Wandel im Kontext der sozialen und vor allem kriminalpolitischen Veränderungen beleuchten und die Rolle der Jugendarbeit mit ihrer zunehmend ordnungspolitischen Ausrichtung einer kritischen Reflexion unterziehen.

AUF DEM WEG IN DIE SICHERHEITSGESELLSCHAFT?

Mit dem Umbau des Wohlfahrtsstaates zum aktivierenden Sozialstaat werden Sicherheit und Kontrolle zu zentralen Themen. Zum einen wird das Leitziel dieses Umbaus - die Stärkung und Aktivierung der individuellen Eigenverantwortung der Bürger - mit der Bindung von Hilfe an Wohlverhalten sowie mit Zwang und Kontrolle verknüpft, die sich primär gegen sogenannte Randgruppen richten (Arbeitslose, Hilfeempfänger jeglicher Art, Kriminelle, Jugendliche, Bettler usw.). Zum anderen führen der Rückzug des Staates aus der Sozialpolitik und die Deregulierung der Wirtschaft zur Erosion sozialer Sicherheiten

(Gesundheit, Altersversorgung, Bildung) und zum Zerbröseln der Gewissheiten und Strukturen des Alltags (Arbeit, Familie, Nachbarschaft). Diese materiellen und privaten

Die öffentlichen und politischen Debatten erwecken den Eindruck, als wäre *die* Jugend heute *das* zentrale Problem der Inneren Sicherheit in Deutschland.

Unsicherheiten führen angesichts der Polarisierung der Gesellschaft zu einer „kollektiven Mentalität der Unsicherheit“ (Bourdieu 1998: 97). Das dominante Thema „Sicherheit“ fokussiert sich - nicht erst seit dem 11. September - immer stärker auf die Innere Sicherheit. Kriminalität und Kriminalitätsfurcht nehmen in Politik und Medien, in wissenschaftlichen Disziplinen und im Alltagsdiskurs einen immer breiteren Raum ein.



Foto: M. Kalde

Soziale Fragen werden zu Sicherheitsfragen umdefiniert, Sozialpolitik zur Strafpolitik und das Risiko zu einer zentralen Denkkategorie im Alltag. Diese Tendenz führt in der aktuellen Kriminalpolitik zu zwei unterschiedlichen Strategien und Diskursen - dem neoliberalen Risikomanagement und der neokonservativen Moralo-rientierung (vgl. Lutz/Thane 2002). Ich will beide Strategien im Folgenden am Beispiel Jugend und Jugendarbeit skizzieren.

Sicherheitsrisiko Jugend? Jugendarbeit als Risikomanagement?

„Waren viele Pädagogen und Jugendpolitiker früher einmal davon ausgegangen, dass die Jugendphase der passagere und lustvolle Durchgang zu neuen Ufern wäre, so sieht es jetzt aus, als wollten wir Jugend als eine Krankheit betrachten und befürchten, die es zu therapieren gilt“ (Müller 2004:65). Die Jugend ist heute Teil des Gefährlichkeitsdiskurses. Dieser bezieht sich nicht mehr in erster Linie auf

- ✗ Kriminalität, sondern auch auf andere ‚Störungen‘ (Müll, Graffiti, Betteln, Herumlungern in der Öffentlichkeit)
- ✗ die Ahndung von Straftaten und Delinquenz, sondern auf potenzielle Gefahren, Risikogruppen und gefährliche Situationen
- ✗ die traditionell staatliche Kriminalitätsbekämpfung mittels Staatsanwaltschaft, Polizei und harten Strafen, sondern delegiert gemäß der Logik des aktivierenden Staates die Verantwortung für die Herstellung von Sicherheit an den privaten Sektor.

Diese Strategie der Vermeidung von Gefahren, das Risikomanagement, durchdringt vermehrt den Alltag und (parteiübergreifend) die Jugendpolitik: ‚Herumlungernde‘ Jugendliche werden durch architektonische Neugestaltungen von ‚gefährlichen Orten‘ (Einkaufszentren, Bahnhofsvorplätzen) fern gehalten bzw. von privaten Sicherheitsdiensten oder Videokameras misstrauisch beäugt. Offene Angebote der Jugendarbeit werden politisch damit legitimiert, dass Vorbeugen kostengünstiger sei, als Vandalismus zu beseitigen. Selbst für die viel diskutierte Ausbildungsplatzabgabe werden erzieherische und präventive Argumente - das Lernen von „Disziplin und sozialem Verhalten“ (Schily in taz vom 4.5.2004) - herangezogen. Diese Strategie der Gefahrenvermeidung bezieht auch repressive Maßnahmen ein. So wird bereits die Forderung nach einer Ausgangssperre für Kinder nach 20 Uhr erhoben, um „Kriminalität, Drogenmissbrauch und Verwahrlosung“ einzudämmen (Söder im Tagesspiegel vom 18.4.2004). Und die Geschlossene Unterbringung setzt auf die kriminalpräventive ‚Nebenwirkung‘: Eingesperrte stellen keine Gefahr mehr dar.

Auch Schule, Jugendarbeit und -hilfe richten sich zunehmend an diesem Sicherheitsdiskurs aus und nehmen verstärkt ordnungspolitische Funktionen wahr bzw. orientieren

sich in voraussetzendem Gehorsam „an kriminalpolitischen bzw. kriminalpräventiven Vorgaben“ (Bettinger 2002: 153). Spezielle Hilfs- und Präventionskonzepte haben Konjunktur: Gewalt- und kriminalpräventive Dienste für Schulen, Coolness- und Anti-Aggressionstrainings. Polizei und Jugendarbeit proben in Modellprojekten und Initiativen einen neuen Schulterschluss (für weitere Beispiele vgl. Bendit 2000). Hamburg hat mit dem FIT-Team sogar eine „in Deutschland einmalige“ Spezialabteilung des Jugendamtes zur „Bekämpfung der Kinder- und Jugendkriminalität“ geschaffen (Pressemeldung der BfSF Hamburg vom 28.1.2004).

Auch Projekte, die früher mit der Verbesserung der Lebens- und Sozialisationsbedingungen oder schlicht ‚Spaß‘ begründet wurden, werden vermehrt in den Dienst der Kriminalprävention gestellt. So scheinen zum Teil die Entwicklung von Sozialkompetenzen oder Sportangebote keinen Eigenwert mehr zu haben, sondern vor allem der Verhinderung gewaltförmiger Konfliktlösung zu dienen.



Gefährliche Jugend? Strafe muss sein.

Die eben beschriebene Strategie der Herstellung von Sicherheit wirkt auf den ersten Blick kühl bzw. rational und thematisiert eher Gefährdung als Gefährlichkeit. Sie hat wenig mit den täglich wiederkehrenden Meldungen von ‚Intensivtätern‘, ‚Horror-Kids‘ oder Polizeiwarnungen vor einer „Gewaltexplosion unter Jugendlichen“ (Berliner Morgenpost vom 13.04.2004) und den parteiübergreifenden Forderungen nach einer härteren Gangart des Staates gegen kriminelle und gefährliche junge Menschen zu tun.

Neben der rationalen risikoorientierten ist eine hochmoralische neokonservative Strömung zu erkennen, die sich vor allem in der Popularisierung harter Strafen und in konsequentem Vorgehen gegen Kriminelle und Randgruppen

Soziale Fragen werden zu Sicherheitsfragen umdefiniert, Sozialpolitik zur Strafpolitik und das Risiko zu einer zentralen Denkkategorie im Alltag.

äußert und von Politikern jeglicher Couleur vertreten wird. Diese *Law-and-Order*-Strategie bzw. Moralorientierung artikuliert sich im Jugendbereich mit Forderungen nach Herabsetzung des Strafmündigkeitsalters, nach Strafverschärfungen, nach (mehr und wirklich) geschlossener Unterbringung - mit der dann auch gewalttätige strafunmündige Kinder unter dem Deckmantel der Hilfe endlich ‚bestraft‘ werden können. Sie bedient sich alter und produziert neue Ressentiments und Hassgefühle auf bestimmte Gruppen, die - meist anhand von Einzelfällen (‚Crash-Kid‘ Dennis, ‚Serientäter‘ Mehmet, ‚Kinder Gangster‘ Armend) - zu Feindbildern und ‚Monstern‘ stilisiert werden, die nur mit abschrecken-den Strafen zu bekämpfen seien. Es geht im Gegensatz zum Risikomanagement weniger um die Vermeidung als vielmehr um die Verfolgung von Kriminalität: Schuld, Vergeltung und Strafe stehen an erster Stelle. Die Stärke des Staates und seine Souveränität in der Kriminalitätsbekämpfung werden - besonders in Wahlkämpfen - betont, um politische Glaubwürdigkeit zu vermitteln.



Foto: M. Kalde

Jugend zwischen Risiko und Moral

Auch wenn diese beiden Kontrollstile auf den ersten Blick widersprüchlich wirken und häufig so analysiert werden, sehe ich „Risiko“ und „Moral“ als zwei Seiten einer Medaille: als zwei unterschiedliche, sich wechselseitig verstärkende Begründungsstrategien für die Beförderung der Sicherheitspolitik und entsprechende Kontrollmaßnahmen. Es geht nicht mehr um soziale Sicherheit, sondern um spezifische Risiken und Gefahren, um ganz bestimmte Risikogruppen, die über moralische Kategorien - Kriminalität und Unordnung - konstruiert werden. Die Bewertung der moralischen Verwerflichkeit und der Gefährlichkeit einer Handlung bzw. der Personengruppen, die diese Handlungen mit

höherer Wahrscheinlichkeit ausführen, gehen Hand in Hand. Gefährdungen im Straßenverkehr sind anscheinend keine so große Gefahr für die Bürger wie Jugendliche, die andere Jugendliche ‚abziehen‘.

Es stehen nicht mehr Gefährdungen der Jugend im Mittelpunkt, sondern Gefährdungen durch die Jugend. Diese Veränderung der Argumentation begründet auch den eingangs formulierten Wandel von der gefährdeten zur gefährlichen Jugend - es geht nicht mehr um Ungerechtigkeit und Sorge, sondern um Disziplinierung und Gefährlichkeit. Die populistische *Law-and-Order*-Rhetorik, die sich zunehmend auch auf (kleine) Gruppen wie die ‚Intensivtäter‘ bezieht, schürt das Bild von der gefährlichen Jugend ebenso wie vermeintliche Erfolgsmeldungen der Prävention. „Nicht so sehr moralischer Wandel, sondern vor allem die verbesserte technische Überwachung ist laut Schily der wesentliche Grund für die Abnahme der Diebstähle durch Minderjährige“ (taz vom 4.5.2004). Einige Maßnahmen lassen sich zudem für beide Begründungsstrategien nutzen: So produziert die geschlossene Unterbringung durch die Entfernung einer Risikogruppe aus dem öffentlichen Raum Sicherheit und steht für eine härtere Gangart, und die Vertreibung Jugendlicher aus Einkaufszentren dient der Reduktion der Ladendiebstähle und befriedigt den Ruf nach Beseitigung von Unordnung bzw. Störern. Auch die dem Risikomanagement zugeordneten präventiven Maßnahmen folgen also der Moralisierung bzw. Gefährlichkeitszuschreibung an die Jugend und tragen dazu bei, diese zu verfestigen.

Jugendarbeit nur noch für gefährliche Jugendliche?

Crime sells - Kriminalität verkauft sich. Diese Weisheit gilt nicht mehr nur für die Medien, sondern auch für die Jugendarbeit. In Jugendarbeit und -hilfe wird massiv gekürzt, für kriminalpräventive und repressive Arbeit scheint jedoch genügend Geld vorhanden zu sein, etwa für die (sehr teure) geschlossene Unterbringung und die Expansion des 2002 neu geschaffenen FIT-Teams von ursprünglich 6 auf (vorübergehend?) 26 MitarbeiterInnen (taz vom 29.01.2004). Wenn die Jugendarbeit mit der Umdeutung bewährter oder neuer Praxis auf diesen Zug aufspringt (re-)produziert sie

Gewalt- und kriminalpräventive Dienste für Schulen, Coolness- und Anti-Aggressions-trainings haben Konjunktur.

die These, ihre AdressatInnen seien gefährlich. Die Tatsache, dass es sich hier oft um ‚Umetikettierungen‘ handelt, macht die kritische Auseinandersetzung mit den konkreten Maßnahmen und vor allem deren Legitimation sehr schwierig. Viele Ausführende ignorieren die kriminalpräventiven

Es stehen nicht mehr Gefährdungen *der* Jugend im Mittelpunkt, sondern Gefährdungen *durch* die Jugend.

Begründungen oder deuten diese für sich um. Die Trennschärfe zwischen Kriminal- und anderer Prävention verschwimmt in der Praxis häufig. Insbesondere bei Präventionsmaßnahmen, die sich auf vermutete Ursachen von Kriminalität (z.B. soziale Ausgrenzung oder mangelnde Sozialkompetenz) beziehen. Diese Zielrichtung ließe sich auch mit der Bekämpfung sozialer Ungleichheit legitimieren. Den Maßnahmen selbst ist daher ihr Ausgangspunkt in der Sicherheitsdebatte oft nicht mehr anzumerken. Durch die - häufig (hoffentlich) nur vorgeschobene - Anerkennung der Begründung ‚Kriminalprävention‘ wird diese jedoch auch für andere Maßnahmen, etwa die geschlossene Unterbringung, gültig und gewinnt an Wirkmächtigkeit.

Die Nutzung der Politik-Ressource „gefährliche Jugend“ führt darüber hinaus zu inhaltlichen Verschiebungen und anderen Schwerpunktsetzungen: Wenn Maßnahmen nicht mit sozialen Rechten begründet werden, sondern mit Gefahren und dem Ziel, Abweichung und Gewalttätigkeit zu verhindern, droht sich ihr Charakter zu verändern. Im Zentrum steht dann nicht mehr der Ausgleich sozialer Gegensätze oder Benachteiligungen, sondern Disziplinierung und Kontrolle. Damit einher geht eine Abwertung der Zielgruppen, die nicht mehr um ihrer selbst willen unterstützt werden.

Diese Veränderungen beschränken sich jedoch nicht auf neue Begründungsstrategien der Praxis. Auch Fachleute, Wissenschaftler und Experten tragen beispielsweise auf den immer häufigeren Konferenzen und Symposien zu Prävention, Jugenddelinquenz und -kriminalität zur Reproduktion der These von der gefähr-

lichen Jugend bei. Die Akteure distanzieren sich zwar noch mehrheitlich von Law-and-Order, fordern aber gleichzeitig eine Neuorientierung im Umgang mit Jugendkriminalität. So stellte beispielsweise Jens Weidner mit Blick auf die Jugendarbeit der 70er bis 90er Jahre fest: „Kleines wurde als jugendtypisches entschuldigt und nur bei Großem wurde interveniert. Dieses scheint kein zukunftsweisender Weg zu sein“ (Weidner 2003: 28).

Von der gefährdeten zur gefährlichen Jugend

Die zunehmende kollektive Unsicherheit, die auf Kriminalität und bestimmte Gruppen, etwa die Jugend projiziert wird, um von anderen Unsicherheiten abzulenken und die (Re-)Produktion der Gefährlichkeit dieser Gruppen durch den kriminalpolitischen Risiko- und Moraldiskurs sowie entsprechende Kontrollmaßnahmen, die bis in Jugendarbeit und Schule hineinreichen, sind natürlich nur ein Teil der Erklärung für den Wandel des Jugendbildes.

Crime sells - Kriminalität verkauft sich.
Diese Weisheit gilt nicht mehr
nur für die Medien, sondern auch
für die Jugendarbeit.

Das Thema der bösen, gefährlichen oder anders negativ bewerteten Jugend ist so alt wie die Jugendphase selbst und greift auf historisch-kulturell und gesellschaftlich fest verankerte Vorstellungen zurück. Medienkampagnen, in denen die Jugend konjunkturabhängig in Verbindung mit Delinquenz, Kriminalität, Drogen, Gewalt oder Rechtsextremismus ‚dämonisiert‘ wird, begleiten uns seit der Gründung der Bundesrepublik (vgl. Cremer-Schäfer 2001:16; Heinz 2003:7), ebenso wie die stets darauf folgenden Reaktionen der Politik - die Forderung nach mehr und härteren Strafen.

Der Beitrag von Jugendpolitik, Jugendarbeit und Experten ist jedoch relativ neu und nicht zu unterschätzen. Die These der gefährlichen Jugend gewinnt zusätzliches Gewicht, wenn die Politiker heute argumentieren



Foto: M. Kalde

können: „Seht ihr, jetzt hat es auch die Fachwelt erkannt.“ Diese zunehmende Beteiligung von Praktikern und Experten an den Debatten um die Gefährlichkeit der Jugend ist notwendig, um dieses Problem wirksam auf die Tagesordnung der Öffentlichkeit bringen zu können (Cremer-Schäfer 2001:17).

Daher stellt sich die Frage, ob es ein zukunftsweisender Weg sein kann, sich angesichts klammer Kassen auf das Bild der gefährlichen Jugend mit den dargestellten Nebenfolgen einzulassen, oder ob es nicht sinnvoller ist, den Weg kritisch-reflektierter Sozialarbeit zu gehen. Das würde beinhalten, deutlich auf die tatsächlichen Unsicherheiten und deren irrationale Verschiebung auf gefährliche Randgruppen hinzuweisen und sich als Mindestmaßstab auf die



Die These der gefährlichen Jugend gewinnt zusätzliches Gewicht, wenn die Politiker argumentieren können: „Seht ihr, jetzt hat es auch die Fachwelt erkannt.“

Leitnorm des KJHG (§ 1 Abs.1) zu beziehen: Das Recht der Kinder- und Jugendlichen auf eine gelungene Entwicklung und die Aufforderung an die Jugendhilfe, dazu beizutragen, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien und eine kinderfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen.

Tilman Lutz



ist Dipl. Soz.-Päd., Dipl. Kriminologe und zurzeit tätig bei der RAA Mecklenburg-Vorpommern e.V., Service-stelle im BLK- Programm Demokratie lernen und leben. Außerdem ist er freier Mitarbeiter an der FH Neubrandenburg.

Literatur:

- Bendit, R. u.a. (Hg.) (2000): „Kinder- und Jugendkriminalität. Strategien der Prävention und Intervention in Deutschland und in den Niederlanden“, Opladen
- Bettinger, F. (2002): „Der Kriminalitätsdiskurs - Bedeutung und Konsequenzen für eine kritische Soziale Arbeit“, in: ders. u.a. (Hg.): Gefährdete Jugendliche? Jugend, Kriminalität und der Ruf nach Strafe, Opladen, S. 145 - 154
- Bourdieu, P. (1998): „Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion“, Konstanz
- Cremer-Schäfer, H. (2001): „Öffentliche Debatten über die ‚gefährliche und gefährdete Jugend‘. Überlegungen anlässlich eines (vorläufigen) Endes“, in: Diskurs 3/2001, S. 15 - 20
- Heinz (2003): „Jugendkriminalität in Deutschland. Kriminalstatistische und kriminologische Befunde, aktualisierte Auflage 2003“, www.uni-konstanz.de/rtf/kik
- Lutz, T./Thane, K. (2002): „Alles Risiko oder was? Sicherheitsdiskurse zwischen Rationalität und Moral“, in: Widersprüche 86, S. 9 - 20
- Müller, C.W. (2004): „Versozialarbeiterung autonomer Jugendarbeit“, in: Jugendhilfe 42, S. 64 - 65
- Weidner, J. (2003): „Konfrontative Pädagogik. Über den Umgang mit mehrfach auffälligen jungen Menschen“, in: Standpunkt: Sozial, Hamburger Forum für Soziale Arbeit 3/2003, S. 26 - 30